

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

64 (4.6.1923)

Erscheint
Montag, Mittwoch und
Freitag.
Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger u. unsere Ausreißer ohne Bestellgeld monatlich 2700.— Mk.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 7-5 Uhr, Sonntags geschlossen.
Fernsprechanschl. Nr. 11.
Postfach-Konto Karlsruhe Nr. 6902.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung  **Beitrag** 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 42 mm breite Millimeter-Zeile 10.— Mk.
Reklamen: Die 87 mm breite Millimeter-Zeile 1.— Mk.
Anzeigen mit Bekanntschaft oder Auskunft: 1.— Mark Sondervergütung. Alle Preise freibleibend.
Grundbesitz in Anzeigen- und Textteil in Preis.
Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Vorentscheidung und bei Konkurs erlischt.
Flugvorstellungen werden nicht anerkannt und für Aufnahmen an bestimmten Tagen sowie für telefonische Aufträge keine Gewähr übernommen.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen wollen am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 64.

Montag, den 4. Juni 1923.

84. Jahrgang

Note und Verhandlungen.

Die Unbelehrbaren.

Berlin, 31. Mai. Die Regierung steht mitten in den Vorbereitungen ihrer neuer Note. Bis zu dem Augenblick der Veröffentlichung hätte eigentlich jedes Kombinationsgefüge zu schweigen, man sollte die Regierung in Ruhe arbeiten lassen und sie nicht durch wohlmeinende oder auch gegenteilige Einwürfe, Winke und Vermutungen zu stören versuchen. Und doch geschieht das auch diesmal wieder. Da werden in der Presse Nachrichten verbreitet, nach denen die Reichsregierung jetzt neue Führer nach London ausgesendet habe und dort sondieren wolle, ob die beabsichtigten neuen Vorschläge Aussicht hätten, von der englischen Regierung als geeignete Grundlage zu neuen Verhandlungen betrachtet zu werden. Nach einer anderen Meinung, die allerdings auf eine englische Quelle zurückgeht, sollen deutsche Wirtschaftler die Londoner City besucht haben — man spricht von dem Generaldirektor der Darmstädter Bank, der mit der Industriellen-Gruppe des Unterhauses und mit hohen Finanzautoritäten die Reparationsfrage besprochen habe, und zwar alles nicht etwa ausschließlich als Privatmann, denn er sei nunmehr nach Berlin zurückgekehrt, um dem Reichskanzler Dr. Cuno über seine Eindrücke und die englische Auffassung Bericht zu erstatten. Der Augenblick zu solchen Erörterungen ist höchst ungeeignet gewählt. Wohl gemerkt, es ist hier nicht die Rede von Tatsachen, vielmehr nur eine kleine psychologische Betrachtung angeführt, die auch jene unbelehrbaren Kreise unternehmen sollten, die es an besten wissen müssen, wie schwerwiegend die Folgen solcher psychologischen Irrungen sein können. Man hat das Gefühl, daß hier Leute am Werke sind, die auf eine andere Einstellung des neuen englischen Kabinetts und gegenüber spekulieren. Nichts wäre törichter als das. Aus Baldwin's Ausführungen spricht auch nicht der geringste Anhaltspunkt dafür, daß dieser intime politische Freund Bonar Law's in der Entschuldigungsfrage andere Wege einzuschlagen gedanke, als sein Vorgänger. Wenn tatsächlich die deutsche Regierung eine Fühlungnahme in London versucht, dann wäre es ein bedauerlicher psychologischer Mangel an Weltkenntnis, das hell und laut in die Welt hinausposaunen. Bei Äußerungen auf der einen, Abschreckung auf der anderen Seite, sind leicht vorzunehmende Folgen solcher Unachtsamkeiten. Ueberlassen wir es der deutschen Regierung Cuno, nach ihrem Gutdünken den Weg zur Lösung des Problems zu suchen.

Stellungnahme der Gewerkschaften.

Berlin, 1. Juni. Die freien und Hirsch-Duncker'schen Spitzengewerkschaften haben, ohne zu einer Neuerung aufgefordert zu sein, dem Reichskanzler ein Schreiben überreicht, in dem sie ihm ihre Meinung über das Angebot des Reichsverbandes der deutschen Industrie mitteilen. Die Gewerkschaften erkennen darin an, daß die Industrie endlich grundfänglich dem Gedanken der Sachwertverfassung zustimmt. Diese Sachwertverfassung könnte nur auf dem gesetzlichen Wege verwirklicht werden. Dabei würde die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerchaft ihre Unterstützung leisten. Die Gewerkschaften vermischen in dem Schreiben des Reichsverbandes den Willen der Industrie zu ausreichender Steuerleistung. Die in den Spitzenverbänden vertretenen Gewerkschaften erklären mit aller Deutlichkeit, daß sie von Regierung und Reichstag eine Verteilung der Reparationslasten erwarten, die vor allem die großen fundierten und unfundierten Vermögen zur Deckung heranzieht. Dem Schreiben ist eine Anlage beigefügt, in der zu dem Angebot der Industrie im einzelnen Stellung genommen wird. Als unverständlich bezeichnen es die Gewerkschaften, wenn die Staatsbetriebe ungeheure Leistungen zur Abwälzung der Reparationslasten aufbringen sollen, während die Leistungsfähigkeit der gesamten deutschen Privatwirtschaft auf höchstens 500 Goldmillionen geschätzt wird. Zusammenfassend wird schließlich erklärt, daß das Schreiben des Reichsverbandes keine Grundlage für die Lösung des Reparationsproblems abgibt. Die freien und Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften betrachten es auch fernerhin als ihre Aufgabe, an einer gefunden Lösung des Reparationsproblems mitzuwirken.

Frankreich und Englands Absichten.

London, 1. Juni. Der diplomatische Berichterstatter der Westminster Gazette will heute schon bestimmt wissen, daß Frankreich jedes neue deutsche Angebot in schroffem Ton zurückweisen werde. England werde aber alsdann mit mehr Nachdruck als bisher auf Verhandlungen drängen.

Die englisch-amerikanische Interessengemeinschaft.

London, 2. Juni. Lord Robert Cecil hat gestern in einer Rede nochmals die Notwendigkeit einer gründlichen Verständigung und Zusammenarbeit von England nach Amerika zum Zwecke der Sicherung des Weltfriedens betont. Heute in einem Europa, das stärker bewaffnet sei, als vor dem Kriege, so führte Cecil aus, sei es mehr als je notwendig, jede Friedensgarantie durchzuführen. Auf diesem Gebiet seien die Interessen der englisch-sprechenden Völker identisch. Es sei daher erforderlich, daß England und Amerika nach besten Kräften zusammenhalten, um Sicherungen gegen die von Europa drohende Kriegswut zu erreichen, die geeignet wären, die Zivilisation vor dem Untergang zu schützen. Jeder überzogene Christ sei verpflichtet, sich an diesem Kampf um den Weltfrieden zu beteiligen.

Der französische Haß gegen Lloyd George.

London, 2. Juni. Stephan Lauzanne, der Chefredakteur des Matin beschäftigt sich in einem längeren Aufsatz in der Pall Mall Gazette mit dem Einfluß des englischen Kabinettswechsels auf die Regelung der Reparationsfrage. Frankreich, so führte er aus, werde mit Baldwin ebenjotig fertig werden wie mit Bonar Law, wenn der neue Ministerpräsident wie sein hoch-

geschätzter Vorgänger ihre einmal angenommene Forderung anerkenne. Frankreich könne nicht erwarten, daß Baldwin alle französischen Forderungen annehmen werde, aber man hoffe, daß er Frankreich unterstützen werde, gemeinsam verabredete Forderungen gegenüber Deutschland durchzusetzen, wenn dieses Land später wieder einmal in Bezug geraten könnte. Die englisch-französischen Beziehungen sind nach Lauzanne's Ansicht vergiftet worden, als Lloyd George im Mai 1921 nach Abfassung des Londoner Ultimativs im Unterhaus zwar feierlich erklärt habe, dieses Schriftstück enthalte die augenblickliche Willensumgebung der Entente, um nachher bei jeder deutschen Zahlungsverweigerung Ausflüchte zugunsten Deutschlands zu suchen. „Die Ursache der heutigen Abneigung, die einem Haß gleichkommt, den die Franzosen gegen Lloyd George empfinden, kommt von der außerordentlichen Wandelbarkeit seiner Ansichten, die ihn befähigt, am Dienstag Vorschläge abzuweisen, die er am Montag selbst vorgebracht hatte und am Mittwoch bereits diejenigen Söhne zu verbrennen, die er noch am Dienstag angebetet hat. Wenn ein Mann so rasch seine Meinung ändert, muß er erwarten, daß auch er seine Freunde wechseln muß. Machiavelli hatte trotz seiner großen Begabung keine Freunde, und die Franzosen schätzen Lloyd George nicht anders ein als Machiavelli.“

Veränderter Kurs in England?

London, 2. Juni. Dem Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ zufolge befaßt sich das britische Schatzamt (Finanzministerium) augenblicklich damit, die britische Reparationspolitik zeitgemäß zu gestalten. Ministerpräsident Baldwin sei entschlossen, eine Regelung der Probleme der Reparationen und der internationalen Schulden zu versuchen. Auf einer Zusammenkunft von Ministern sei beschlossen worden, die dem Plan Bonar Law's vom letzten Januar zugrunde liegenden Prinzipien aufrecht zu erhalten unter Revision der Zahlenwerte. (Bonar Law hat bekanntlich 50 Goldmillarden gefordert.) Das Schatzamt prüfe die Gesamtfrage von neuem, um abzuschätzen, welchen Einfluß die Ruhrbesetzung auf den britischen Plan habe. Die einzige Veränderung, die in diesem Plan gemacht werde, werde die Einsetzung abgeänderter Summen ein, wo eine solche bei den jetzigen Verhältnissen notwendig sei.

Französisch-belgische Gegenätze.

Berlin, 2. Juni. Zwischen Paris und Brüssel haben sich in letzter Zeit in der Beantwortung der Reparationsfrage unerkennbare Gegenätze herausgebildet, da Belgien durch den Gang der Ereignisse darüber belehrt worden ist, daß die Ruhraktion für Belgien schwere wirtschaftliche Schäden zur Folge hat. Der Verkehr im Hafen von Antwerpen ist fast vollständig lahmgelegt worden, und auch die Industrie hat allen Anlaß, zu klagen. Die belgische Regierung ist nachdenklich geworden, und zu diesem Nachdenken ist sie offenbar auch von englischer Seite aus angeregt worden. Man hat jetzt den Eindruck, als ob die belgische Regierung sich langsam von der Pariser Politik loszulösen versucht. Es ist bezeichnend, daß die belgische Presse die Aufhebung der Ruhrbesetzung bereits erörtert und die Möglichkeit ins Auge faßt, sich mit einer einfachen Kontrolle zu begnügen. Auch der Gedanke, daß die Lösung der Reparationsfrage außerhalb des Ruhrgebietes gesucht werden müsse, hat Anhänger gefunden. Belgien hat sich, wie man beobachten kann, England sehr genähert. Dies wird in Paris bereits sehr deutlich empfunden. Die Isolierung Frankreichs hat in letzter Zeit erhebliche Fortschritte gemacht, doch ist es vielleicht verfrüht, auf eine englische Intervention zu hoffen. In Pariser politischen Kreisen verläutet, übrigens, daß Belgien, wenn Frankreich die Lösung des Ruhrkonflikts weiter hinausziehe, mit der Zurückziehung der belgischen Truppen gedroht habe. Wie aus Rom gemeldet wird, soll Mussolini beabsichtigen, für eine interalliierte Konferenz einzutreten, um eine gemeinsame Stellungnahme der Alliierten in der Reparationsfrage herbeizuführen.

Stinnes in Mailand und Zürich.

Gerüchte einer Industrieverständigung mit Frankreich.

Rom, 1. Juni. Hugo Stinnes ist gestern nachmittag zu einem eintägigen Aufenthalt in Mailand eingetroffen. Er hatte dort eine Zusammenkunft mit einigen Freunden, darunter dem Chef des Verwaltungsrats der Banca Commerciale, Tosclio, mit dem er eine sehr lange Unterredung hatte. Der Messaggero vermutet, daß diese ganz unerwartete Reise mit dem Ruhrproblem und der Beratung über die neue deutsche Note zusammenhängt. Stinnes ist noch im Laufe des heutigen Tages nach Zürich gefahren. Dort sollen ihn nach demselben Blatte einige Vertrauensleute der französischen Regierung und der französischen Schwerindustrie erwarten. Es sei kein Zweifel, daß Stinnes über eine direkte deutsch-französische Verständigung zu verhandeln beabsichtige. In Finanz- und Bankkreisen hält man es durchaus nicht für ausgeschlossen, daß der Weg zu einer solchen Verständigung gefunden werde. Der Pariser Korrespondent des Blattes drängt hierzu; es müßten nach dem in Paris vorherrschenden Optimismus zwischen der französischen Regierung und der von ihr geführten Gruppe der Industriellen gleichfalls vorgeschrittene Besprechungen gepflogt werden sein.

Deutsch-italienische Industrieanäherung.

Rom, 3. Juni. Die Epoca die über die Gefahr einer französischen schwerindustriellen Hegemonie in Europa diskutiert, teilt über die verschiedenen Annäherungsversuche der deutschen an die italienische Industrie folgendes mit: Der erste Versuch reicht in die Tage vor der Aufteilung Oberschlesiens zurück. Deutschland bot damals Italien die für seine Industrie notwendigen Rohstoffe zu Vorzugsbedingungen an, während gleichzeitig darüber gesprochen wurde die Märkte so aufzuteilen, daß die deutsche Industrie der italienischen keine Konkurrenz machen

könne. Nach der Zerteilung Oberschlesiens mußte Deutschland diese Vorschläge zurückziehen. Aber nun arbeitete Stinnes aus eigener Initiative den Plan für die Organisation der europäischen Industrie aus, die sich auf die produktiven Kräfte aller Nationen hätte stützen sollen. Die Aufgabe der Italiener innerhalb dieser Organisation war die, Hochöfen anzulegen und außerdem für das gemeinsame Unternehmen den Ueberfluß seiner Arbeitskräfte und technische Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen. Die italienischen Häfen hätten die wichtigsten Verladeplätze für die Produkte dieses Riesenunternehmens werden sollen. Die Epoca stellt noch fest, es müsse doch auffallen, daß Stinnes in Mailand eine Rücksprache gerade mit Töplitz suchte, der in den letzten Jahren die Penetration des französischen Kapitals in Italien förderte, das mit seiner Hilfe 1 1/2 Milliarden Francs in der norditalienischen Industrie investierte.

Englisch-französischer Streit um die Saar.

Paris, 1. Juni. Als Folge der Debatte im englischen Unterhaus über die Zustände im Saargebiet hat die englische Regierung dem Völkerbundsrat vorgeschlagen, eine Kommission zur Untersuchung der Tätigkeit der Völkerbundsregierung im Saargebiet einzusetzen. Die französische Regierung hat bereits Mitteilung erhalten, daß der englische Vorschlag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Völkerbundsrats gesetzt sei. In Paris hat das englische Vorgehen viel Ärger geschaffen. Die Blätter schlagen scharfe Töne gegen London an. Das Leitblatt der Pariser Regierung, das „Echo de Paris“ schreibt: Die französische Regierung werde unverzüglich in London und Genf zu verstehen geben, daß sie ihre Zustimmung zu einer derartigen Prozedur nicht geben könne. Die Ordnung der Regierungskommission vom 7. März sei vielleicht mit einer gewissen Ungeklärtheit abgefaßt worden, aber zweifellos werde sie durch eine mit mehr Klugheit abgefaßte ersetzt werden. Jedenfalls aber könne kein Zweifel darüber bestehen, daß die bis jetzt verfolgte Politik im Saargebiet fortgesetzt werde. Die ungehinderte Ausbeutung der Saargruben müsse Frankreich sichergestellt werden. Man werde vielleicht in den Akten der oberösterreichischen Volksabstimmungskommissionen Entscheidungen finden, die sich nicht wesentlich von den Texten unterscheiden, die im Saargebiet erlassen worden seien. Das Ministerium Baldwin debattiere sehr scharf, was die englisch-französischen Angelegenheiten anbelange. Der Eintritt Lord Robert Cecil's und Mac Kennas habe schon schlechte Aussichten angekündigt. Wenn der Premierminister ihnen gestatte, auf dem Gebiet der äußeren Politik, ob es sich um den Völkerbund oder die Reparationskommission handle, nach ihrem Gutdünken zu manövrieren, sei es dann nötig, auch nur den einfachen Schein einer Entente cordiale aufrecht zu erhalten?

England und der Saarhandl.

London, 31. Mai. Der politische Berichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt, es bestehe guter Grund zu der Annahme, daß die letzte Saardebatte im Unterhause und das in der letzten Zeit von der englischen Presse in der Saarfrage gezeigte Interesse praktische Ergebnisse haben würden. Die britische Regierung habe bereits ein Schreiben an die in dem Völkerbundsrat vertretenen Mächte gerichtet, worin zum Ausdruck komme, daß die Lage im Saargebiet derart sei, daß eine Art von Untersuchung nötig sei, damit die gegen die Völkerbundsverwaltung gerichteten Anschuldigungen zurückgewiesen oder in gegenteiligem Falle die Mißbräuche, über die Beschwerde geführt werde, behoben werden könnten. Die britische Regierung werde alles tun, was in ihrer Macht stehe, um zu erreichen, daß die Saarfrage nicht hinter geschlossenen Türen erörtert werde, wenn sie demnächst vor den Völkerbund komme.

Paris, 31. Mai. Einer französischen Nachrichten-Agentur wird, wie der „Matin“ berichtet, aus London gemeldet, in der Umgebung des Foreign Office sei gestern abend das Gerücht verbreitet gewesen, daß alle dem Völkerbund angehörigen Mächte durch Vermittlung ihrer Vertreter davon unterrichtet worden seien, Großbritannien werde auf der nächsten Sitzung des Völkerbundsrats die Ernennung einer Untersuchungs-Kommission verlangen, die gewisse Punkte der Verwaltung des Saargebiets präzisieren solle.

Der politische Berichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt, es bestehe guter Grund zu der Annahme, daß die letzte Saardebatte im Unterhause und des in der letzten Zeit von der englischen Presse in der Saarfrage gezeigte Interesse praktische Ergebnisse haben würden. Die britische Regierung habe bereits ein Memorandum an die in dem Völkerbundsrat vertretenen Mächte gerichtet, worin zum Ausdruck komme, daß die Lage im Saargebiet derart sei, daß eine Art von Untersuchung nötig sei, damit die gegen die Völkerbundsverwaltung gerichteten Anschuldigungen zurückgewiesen oder in gegenteiligem Falle die Mißbräuche, über die Beschwerde geführt werde, behoben werden könnten. Die britische Regierung werde alles tun, was in ihrer Macht stehe, um zu erreichen, daß die Saarfrage nicht hinter geschlossenen Türen erörtert werde, wenn sie demnächst vor den Völkerbund komme.

Frankreichs Widerstand gegen die Untersuchung der Saarfrage.

Bevor die internationale Diskussion über die deutsche Erzeugungsnote in Gang kommt, was immerhin noch einige Tage dauern dürfte, da die deutsche Note noch nicht fertiggestellt ist und nach neuerer Lesart erst Ende der nächsten Woche überreicht werden soll, gibt es ein interessantes Zwischenpiel: die Saarfrage. Mit allen Mitteln wendet sich Frankreich gegen den Vorschlag Englands, die ungläubigen Verhältnisse im Saargebiet durch eine internationale Kommission untersuchen

Die Krupp-Direktoren im Zweibrücker Gefängnis.
 Frankfurt a. M., 1. Juni. Wie ich aus Zweibrücken erfahre, befindet sich tatsächlich wie aus französischer Quelle verlautet, der zu 15 Jahren Gefängnis verurteilte Dr. Krupp von Bohlen-Halbach mit den drei Krupp-Direktoren seit dem 26. Mai im Zweibrücker Gefängnis.

Zwölf Direktoren der Höchster Farbwerke ausgewiesen.
 Höchst a. M., 31. Mai. Heute früh sind 12 leitende Persönlichkeiten der Höchster Farbwerke, Direktoren und Prokuristen, von den Franzosen ausgewiesen worden. Infolge dieser Maßnahme sind die Werke in eine sehr schwierige Lage geraten, und die Fortführung des Betriebes in Frage gestellt.

Die Massenarbeitslosen.
 Köln, 2. Juni. Heute morgen trafen mittels Sonderzug der Rheinbahn die Familien von 80 Eisenbahnern aus Bonn und Umgebung hier ein. Die Männer waren schon vor mehreren Tagen ausgewiesen worden. Die von Haus und Hof Vertriebenen konnten nur ganz wenig Gepäck mitnehmen. Auffallend war die große Zahl kleiner Kinder bis zum Säugling, die von den bekümmerten Müttern mitgeführt wurden. Heute abend trifft einer neuer Transport von über 500 vertriebenen Eisenbahnern mit Sonderdampfer in Köln ein. Auch bei diesen befinden sich weit über 100 Kinder.

Beschlagnahme einer Düsseldorf-Zeitungsdruckerei.
 Düsseldorf, 2. Juni. Vor etwa 8 Tagen erschien ein Vertreter des Pariser „Journal officiel“ bei der Geschäftsleitung des Düsseldorf-Lageblatts und fragte die Geschäftsleitung, ob sie bereit sei, eine Zeitung für die französische Regierung in einer Auflage von 50 000 Exemplaren zu drucken. Die Geschäftsleitung lehnte dieses Ansuchen ab. Darauf erschienen am 1. Juni, nachmittags, 4 französische Offiziere mit einer Wache, beschlagnahmten die Druckerei und erklärten allen Angestellten und Arbeitern, sie hätten das Haus sofort zu verlassen, das Lageblatt solle außerhalb des Hauses gedruckt werden. Da bereits eine Reihe von Druckereien beschlagnahmt ist, stehen unter diesen Umständen dem Druck äußerste Schwierigkeiten entgegen. Seher und Drucker des Lageblattes erklärten auf Befragen, daß sie nicht für die Franzosen arbeiten wollten.

1384 neue Ausweisungen in 3 Tagen.
 Mainz, 2. Juni. Die Rheinlandskommission hat in der Zeit vom 26. bis 29. Mai 1384 neue Ausweisungen von Beamten und Angestellten der Eisenbahn- und Zollverwaltung verfügt.

Die Auslandshilfe für Rhein und Ruhr.
 Berlin, 1. Juni. Das deutsche Rote Kreuz hat gestern eine Mitgliederversammlung abgehalten, in der zunächst Professor Witte aus Köln über das deutsche Rote Kreuz an Rhein und Ruhr Mitteilung machte. Aus der Rede des Präsidenten von Winterfeldt über die Auslandshilfe sei hervorgehoben, daß das schwedische Rote Kreuz, das norwegische und dänische Rote Kreuz, Desterreich, Estland, Holland, Schweiz, Tschechoslowakei und der Papst sich für die bedrängte Rhein- und Ruhrbevölkerung ernstlich bemühen. In erster Linie aber kommt die Tätigkeit der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Betracht. Nicht nur durch Barmittel, sondern auch durch großzügige Lebensmittel- und Textilsendungen hat sich die Hilfsbereitschaft der amerikanischen Freunde erwiesen. Von dem Zentralreliefkomitee sind allein für das besetzte Gebiet Lebensmittel im Werte von etwa 70 000 Dollars abgefordert worden. Weiter sind aus allen Teilen der Vereinigten Staaten reiche Gaben für die schwerleidende Ruhrbevölkerung eingegangen, und zwar Textilien im Werte von etwa 350 Millionen Mark zur allgemeinen Verteilung im übrigen Deutschland, etwa 20 000 Kollis Lebensmittel und Kleider im Werte von zwei Millionen Mark sowie die von amerikanischen Spendern gestifteten Einheitspakete durch Vermittlung des Zentralreliefkomitees in Höhe von etwa 100 000 Kollis im Werte von 700 000 Dollars. Auch Mexiko und die südamerikanischen Staaten Brasilien, Argentinien, Chile, Südafrika und Ostafrika haben dem deutschen Rote Kreuz Beweise für ihr Mitleiden mitteilen lassen.

Die Kommunistenbewegung.
 Am Ruhrgebiet ist nach übereinstimmenden Berichten der kommunistische Aufruhr abgeklaut und eine verhältnismäßige Ruhe wiedergekehrt, wenn auch noch nicht überall von einer vollen Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände geredet werden kann. In Dortmund und Bochum herrscht wieder Ordnung. Auch in der ländlichen Umgebung haben sich die Zustände gebessert. In Gelsenkirchen, wo noch in den letzten Tagen der kommunistische Selbstschutz die Situation beherrschte, wird jetzt ein partiell aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammengeführte Organisationsausschuß seines Amtes waltend. Man ist geneigt, die Beruhigung mit dem Lohnabkommen im Bergbau in Verbindung zu bringen. Es habe, heißt es in einer halbamtlichen Aeußerung aus Essen, trotzdem es sich bei der jüngsten Vorkommnisse nicht um eine allgemeine Lohnbewegung handelte, seine Wirkung im Ruhrgebiet nicht verfehlt. Auf den meisten Bezügen ist die Arbeit wieder aufgenommen worden, auf den übrigen ist die Wiederaufnahme in kurzer Frist zu erwarten. Die Zentralstreikleitung, in der sich nach den Feststellungen der Gewerkschaften kein Mitglied der großen Bergarbeiterverbände befindet, fordert selbst, dem allgemeinen Druck nachgebend, in einem Aufruf zum Abbruch des Streiks und zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Die Gefahr eines Wiederaufstehens der Aufrührerbewegung besteht indessen immer noch, ebenso die Gefahren, die durch die widerrechtliche Vernichtung des polizeilichen Schutzes in den großen Städten hervorgerufen worden sind. In einer Reihe von Städten des Ruhrgebietes wird zur Zeit über die Bildung eines Selbstschutzes verhandelt, an dem alle Bevölkerungsschichten beteiligt sein sollen. Durch die Unruhen der letzten Tage, deren Ausdehnung in der Hauptsache an der ablehnenden Haltung der Bevölkerung und insbesondere der organisierten Arbeiterschaft scheiterte, ist zweifellos erheblicher materieller Schaden verursacht worden. Die Front des passiven Widerstandes kommt aber dadurch nicht erschüttert werden.

Ruhr und Sachsen.
 Nachdem im Ruhrgebiet die kommunistische Aufrührerbewegung an der Besonnenheit der großen Mehrheit der Bevölkerung gescheitert ist, bemühen sich die Kommunisten offenbar die Bewegung auf das unbefestigte Gebiet zu übertragen. Ein besonders günstiges Feld für solche Bemühungen scheint den Jüngern Moskaus das rote Sachsen zu bieten, wo ja die Dinge für sie insofern recht günstig liegen, als die sozialdemokratische Regierung auf die Unterstützung der Kommunisten im Parlament angewiesen ist. Unter diesem Gesichtswinkel müssen vor allem die Unruhen in Dresden betrachtet werden. Wenn es nun dort auch anscheinend gelungen ist, die Ruhe wiederherzustellen, so werden doch aus Baugun neue schwere Zusammenstöße, die

blutige Opfer gefordert haben, gemeldet. Selbst in sozialdemokratischen Kreisen betrachtet man dieses Treiben der Kommunisten mit größter Besorgnis. So schreibt auch die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ über die kommunistischen Pläne: „Der Einfluß der aggressiven Tendenzen in dem Bezirk hat sich bereits geltend gemacht. Nach bisherigem Schwanken hat die Zentrale nunmehr in einem neuen Aufruf das Treiben der aktiven Elemente durchaus gebilligt und, wenn nicht alles trägt, so sind die Kommunisten drauf und dran, in derselben Art, wie anlässlich des mitteldeutschen Putschs, die Bewegung auf das unbefestigte Gebiet zu übertragen, wofür die Vorgänge in Dresden den besten Beweis liefern. Am 29. Mai hat eine Funktionärerversammlung der Kommunistischen Partei in Leipzig stattgefunden, in der der Träger der aggressiven Tendenzen, der berühmte „Kurdistaner“ Schubert, referierte. Zu gleicher Zeit beschäftigten sich in Berlin und auch wohl an andern Orten Funktionärerversammlungen mit dem gleichen Thema. Es ist daher anzunehmen, daß von der Zentrale aus bestimmte Parolen ausgegeben werden, die dahin gehen, die Arbeiterschaft in allen Betrieben des kommunistischen Zweckes dienstbar zu machen.“ Es bleibt die Frage, inwieweit die Arbeiterschaft Sachsens und Mitteldeutschlands sich von den Drahtziehern dieser Bewegung mißbrauchen läßt, nachdem die Gewerkschaften erst festgestellt haben, daß im Ruhrgebiet durch die Unruhen nichts erreicht sei, daß vielmehr dadurch gerade die Lebenshaltung der Arbeiter nicht verbessert wurde. Man kann nur hoffen, daß die klare und entschlossene Stellungnahme der Gewerkschaften den Massen die Augen öffnen wird, daß sie erkennen, zu welchem Zweck sie mißbraucht werden.

Dem Abgrund entgegen.

Unaufhaltsam geht die deutsche Mark dem Abgrund entgegen. Trotz der Stützungsaktion der Reichsbank sinkt der Wert der deutschen Mark von Tag zu Tag und ist bereits um 200 Prozent tiefer, als während der kurzen Dauer ihrer Stabilisierung im April. Jedermann konnte dies voraussehen, der aus den Ausweisen der Reichsbank die ungeheure Vermehrung der Banknoten und Schatzanweisungen, die sich heute den neun Billionen nähern, ersehen hat. Diese stümische Inflation ist mit der Beständigkeit des Geldwertes völlig unvereinbar. Die Inflation ist noch viel schneller erfolgt als der Marksturz der letzten Wochen, d. h. in Goldmark umgerechnet beträgt die Masse des Papiergeldes bei den gegenwärtigen Kursen viermal so viel als Ende Januar. Der noch vorhandene Goldschatz deckt die umlaufenden Geldmittel nur noch zu 150 Prozent gegenüber einer 800prozentigen Deckung Ende Januar. Man muß daher ein weiteres starkes Sinken der Mark gewärtigen. Die jüngst erlassene Devisenverordnung ist ohne Wirkung geblieben. Die neue Verordnung, welche die Ausfuhr der meisten Waren ohne Ausfuhrerlaubnis gestattet, verpflichtet zwar die Exporteure, die Preise in den ausländischen Währungen festzusetzen und 40 Prozent der fremden Zahlungsmittel der Reichsbank anzubieten, die Angaben der Exporteure werden jedoch nicht nachgeprüft, und deshalb werden diese nicht die wirklichen Ausfuhrerlöse, welche den Weltmarktpreisen entsprechen dürften, anmelden. Die Devisendecke der Reichsbank wird daher immer dünner werden.

Verbot des freien Devisenhandels.

Berlin, 3. Juni. Im Reichsfinanzministerium wurde heute mit Vertretern der Berliner Bankwelt und der Reichsbank über Mittel und Wege beraten, um der katastrophalen Markentwertung Einhalt zu gebieten. Die Beratungen wurden nicht abgeschlossen und werden fortgesetzt. Man scheint dem mehrfach erhobenen Verlangen näher zu treten, den freien Devisenhandel ganz zu verbieten. In Verbindung mit dieser Maßnahme, die allein nicht ausreichend ist, werden noch andere Mittel gesucht, um vor allem die Devisenspekulation zu unterbinden. Auch die Frage einer schärferen Durchführung der neuen Devisenverordnung wurde erörtert.

Die Lage des Kohlenmarktes.

Berlin, 31. Mai. Die Lage des Kohlenmarktes kann sowohl im besetzten wie im unbefetzten Deutschland als befriedigend angesehen werden. Insbesondere sind Sorgen über die Einfuhrmöglichkeit englischer Kohle auch trotz der neuen Devisensteigerung unbegründet. Die Engländer lassen dieses Kohlegeschäft großzügig auf, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß in wiederholten Fällen Kohle auf Papiermarkbasis eingeführt werden konnte, und daß weiter von den Engländern keine abnormen Schwierigkeiten bei der Gewährung privater Kohlenkredite gemacht werden. Die Versorgung des Marktes im unbefetzten Deutschland läßt sich am besten durch die Tatsache illustrieren, daß noch immer nicht die gesamte Produktion voll abgenommen wird.

Der letzte Satz zeigt, so bemerkt dazu die „Frkf. Ztg.“, daß die gegenwärtigen Verhältnisse offenbar mit den volkswirtschaftlichen Erfordernissen nicht übereinstimmen. Der deutsche Bergbau kann seine Kohlen nicht voll absetzen, seine Arbeitskraft nicht im ganzen Umfang ausnützen zu einer Zeit, da das größte deutsche Kohlenbecken, das Ruhrgebiet, durch den Franzoseneinbruch an jeder Lieferung verhindert ist. Zu gleicher Zeit wird aber für teure Devisen Kohle aus England beschafft. Wie wird hier also nicht in unserer gegenwärtigen Zwangslage zur Erparung von Devisenmaßnahmen sinnvoll eingegriffen? Wie werden die deutschen Verbraucher nicht angehalten, in allererster Linie die vorhandenen deutschen Kohlen zu kaufen?

Der neue Druckpapierpreis.

Berlin, 30. Mai. Der neu festgesetzte Preis für Druckpapier ist um 70 Prozent höher als der für den Monat Mai angelegte Anfangspreis und um 61 Prozent höher als der zuletzt gezahlte Malpreis. Er beträgt ungefähr 2500 Mark für das Kilogramm.

9000fache Großhandelspreise.

Berlin, 31. Mai. Die Großhandelspreise Ende Mai. — Infolge der neueren Markentwertung hat sich das Niveau der Großhandelspreise nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts von dem 7105fachen des Friedensstandes am 15. 5. auf das 9034fache oder um 27,1 Prozent am 25. 5. gehoben. In der gleichen Zeit stiegen die Lebensmittel von dem 5758fachen auf das 7034fache oder um 22,1 Prozent, die Industriestoffe von dem 9624fachen auf das 12 774fache oder um 32,7 Prozent, die Inlandswaren von dem 6165fachen auf das 7748fache oder um 25,7 Prozent, die Einfuhrwaren von dem 11 806fachen auf das 15 463fache oder um 31 Prozent.

Regierungskrise in Württemberg.

Stuttgart, 2. Juni. Der württembergische Staatspräsident hat den durch das Ableben des Ministers Graf (Zentrum) freigewor-

denen Innenministerposten dem bisherigen Justizminister Bol (Zentrum) übertragen und mit der Leitung des Justizministeriums den Landesvorstehenden der württembergischen Zentrumspartei, Obergerichtsrat Beyerle, Kanzleidirektor im Justizministerium, betraut. Die sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtags hat aber jetzt ihren Austritt aus der Regierung erklärt. Sie begründet ihren Entschluß damit, daß ihr trotz der zahlenmäßigen Mehrheit im Landtag anlässlich der jetzigen Neubildung des Innenministerpostens der von ihr geforderte 2. Ministerposten vorenthalten wurde. Das württembergische Kabinett steht nun vor einer neuen Krise, da der einzige sozialdemokratische Minister, Arbeits- und Ernährungsminister Keil, aus der Regierung ausgetreten ist.

Baden.

Das Hinterlegungsgefeß.

T Karlsruhe, 30. Mai. Im Landtag wird in den nächsten Tagen ein Gesetzentwurf zur Beratung kommen, der Änderungen des Hinterlegungsgefeßs vorschlägt. Öffentliche Hinterlegungsstellen waren bisher in Baden die Finanzämter. Inzwischen sind die Finanzämter mit der Änderung des Steuerwesens auf das Reich übergegangen und die Steuererhebungen werden eingezogen; die Finanzbehörden sind mit eigenen Aufgaben derart belastet, daß Geschäfte, die nicht zu ihren eigentlichen Aufgaben gehören, ihnen möglichst abgenommen werden sollten. Die Erhebung der Justizgebühren ist seit Januar 1923 allgemein besonderen Justizkassen bei den einzelnen Amtsgerichten übertragen worden, und damit sind nun auch Stellen vorhanden, welche die mit der öffentlichen Hinterlegung verbundenen Geschäfte besorgen können. Der Entwurf schlägt daher vor, den Justizkassen die Geschäfte zu übertragen, die bisher die Finanzämter besorgten.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 1. Juni. (Kommunalverband.) Infolge der Verschlechterung des Marktwertes hat auf Anordnung der Reichsregierung die Reichsgetreidestelle am 4. Juni die Verkaufspreise für Roggen und Weizenmehl von 32 420 Mk. auf 117 800 Mark je Doppelzentner erhöht. Auch die übrigen Preisbestandteile der Brotpreisberechnung sind infolge der Steigerung der Bäckerkosten in die Höhe gegangen. Die Brot- und Mehlpreise sind im amtlichen Teile ersichtlich. Leider läßt sich diese bedauerliche Erhöhung nicht vermeiden.

Sinsheim, 2. Juni. (Zugverkehr Heilbronn — Heidelberg — Mannheim.) Die seit Kriegsende sich häufenden Klagen wegen der schlechten Verbindungen zwischen Heilbronn und Heidelberg — Mannheim haben seit längerer Zeit die Stadtverwaltungen und Handelskammern zu Eingaben und Denkschriften an die Reichsbahnverwaltung veranlaßt und haben weiter vor Jahresfrist in Sinsheim an der Eisen zur Gründung eines Verkehrsverbandes geführt, der sich die Pflege der Verkehrsbeziehungen zwischen Mannheim — Heidelberg und Heilbronn zur Aufgabe gestellt hat. Der am 1. Juni in Kraft tretende neue Sommerfahrplan bringt nun trotz der schwierigen Verkehrslage eine Reihe nennenswerter Verbesserungen. Insbesondere ist es gelungen die Umfahrgeschwindigkeit in Jagstfeld bei 5 Zugpaaren zu besitzigen. So wird der in Jagstfeld um 6.30 vorm. nach Sinsheim — Heidelberg abgehende Zug als Zug 434 schon in Heilbronn (ab 6.05 vorm.) beginnen; ebenso wird der letzte in Jagstfeld nach Sinsheim abgehende Zug 444 in Heilbronn (ab 7.00 abends) seinen Anfang nehmen und damit den Anwohnern der Strecke Jagstfeld — Wimpfen — Sinsheim — Heidelberg ein längeres Verweilen in Heilbronn möglich machen. In der Richtung Heidelberg — Heilbronn wird der beschleunigte Zug 443 (Heidelberg ab 7.30 abends) ohne Wagenwechsel bis Heilbronn durchgeführt werden (an 9.42 abends.) Eine völlig neue, sehr gute Vormittagsverbindung über Sinsheim wird künftig Zug 474 herstellen: Heilbronn ab 8.48, Heidelberg an 10.47, Mannheim an 11.20. Auch dieser Zug wird durchgehende Wagen Heilbronn — Mannheim führen. Endlich verdient noch besondere Erwähnung das neue beschleunigte Personenzugpaar Mannheim — Heidelberg — Eberbach — Heilbronn — Nürnberg (Mannheim ab 8.24 vorm., Heilbronn an 8.38 vorm., Nürnberg an 12.48 nachm., Nürnberg ab 2.09 nachm., Heilbronn ab 6.18 abends, Mannheim an 8.28 abends).

Sinsheim, 31. Mai. (Die neuen Postgebühren.) Die von den Blättern angekündigten neuen Postgebühren werden voraussichtlich am 1. Juli in Kraft treten. Ueber die Tarifserhöhung wird am 4. Juni im Verkehrsbeirat und danach im 27. Er Ausschuß des Reichstages verhandelt werden. Wahrscheinlich wird eine Erhöhung von 100 Prozent nur für Briefe vorgeschlagen werden. Alle übrigen Gebühren sollen um geringere Beträge erhöht werden.

Sinsheim, 2. Juni. (Erhöhte Gebühren für Zeugen.) Mit Wirkung vom 15. Mai ab erhalten: der Zeuge bis zu 2000 Mark für jede angefangene Stunde, bei besonders schwierigen Leistungen 5000 Mark. Die Höchsthöhe der Entschädigung für den durch Abwesenheit vom dem Aufenthaltsort verursachten Aufwand betragen nunmehr 13 000 Mark für jeden Tag, an welchem der Zeuge oder Sachverständige abwesend war, und 9000 Mark für jedes außerhalb genommene Nachtquartier.

Sinsheim, 2. Juni. (Verunglückt.) Ein zu Besuch hier weilender Verwandter der Familie J. Stoll fiel in deren Scheune ab und verletzte sich innerlich so schwer, daß er den Verletzungen erlegen ist.

Sinsheim, 2. Juni. (Maulwurf.) Verschiedene Beobachtungen in letzter Zeit haben ergeben, daß viele Leute in ganz unbedeutender und sinnloser Weise sich bei der Vertilgung von Maulwürfen beteiligen. Dieses Verhalten gefährdet allerdings gegenwärtig den Bestand des Maulwurfs noch nicht, aber ohne Zweifel wird hierdurch die Landwirtschaft sehr geschädigt. Es ist zu bedenken, daß er die ungemein schädlichen Engerlinge und Mäuse, sowie eine große Anzahl anderer schädlicher Insekten verzehrt. Hierbei ist er entschieden dem Bauern treuester Helfer. Ein verständiger Gärtner oder Landmann wird darum, ehe er den Maulwurf vertreibt, den Nutzen, den er durch ihn hat, in Erwägung ziehen. Es ist dabei auf keinen Fall zu entschuldigen, wenn er getötet wird! Man soll ihn vertreiben, wenn er lästig wird (z. B. aus Gärten), auf Wiesen und Feldern ist für ihn zumeist genug zu tun.

Hoffenheim, 2. Juni. (Fleischvergiftung.) Infolge Genußes von verdorbenem Konfervenfleisch ist das Ehepaar W. Engelhard und deren Dienstmädchen Luise Kehnert vor einigen Tagen schwer erkrankt. Das Dienstmädchen ist inzwischen gestorben.

Rappenaу, 2. Juni. (Bürgererlaubnis.) Der vonseiten des Gemeinderats beantragte Zuschlag von 300 Prozent zur staatlichen Hundsteuer wurde abgelehnt. Die Erhebung einer vorläufigen Umlage für das Rechnungsjahr 1923, und zwar werden Mark 200 pro 100 Mark Steuerwert als vorläufige Umlage erhoben werden. Nachdem noch verschiedene Wünsche ihre Erledigung gefunden, wurde die sehr erregt verlaufene Sitzung durch den Bürgermeister geschlossen.

